



E-Government Schweiz Newsletter 01/2017

Sehr geehrte Damen und Herren

Der E-Government-Newsletter erscheint seit vielen Jahren in der gleichen Form und Struktur, jeweils sechsmal pro Jahr. Gerne möchten wir von Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern wissen, was Sie an unserem Newsletter schätzen und was Sie lieber anders hätten.

Wir freuen uns daher, wenn Sie unsere [kurze Umfrage](#) beantworten.

In unserem aktuellen Newsletter finden Sie die folgenden Themen:

- eID: Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zum eID-Gesetz
- Signaturvalidator: Einführung im Kanton Zug
- Vote électronique: Basel-Stadt trifft Systementscheid
- Zugang zu Leistungen: Mitwirkung im Kompetenznetzwerk
- E-Austausch Finanzdaten: Unternehmen sparen Zeit und Geld
- E-Rechnung: Ein Jahr E-Rechnungspflicht beim Bund
- OGD Schweiz: Entwicklungen an opendata.swiss abgeschlossen
- Verein eCH: Statements zum Nutzen von E-Government-Standards
- Bundesamt für Justiz: Über eine Million Betreibungen elektronisch abgewickelt
- Appenzell Ausserrhodon: Steuererklärung neu elektronisch einreichen
- Kanton Genf: Modernisierung der Webinfrastruktur
- Kanton Luzern: Steuererklärung medienbruchfrei elektronisch einreichen
- Digitalisierung der Zollverwaltung
- Breitere Verwendung der AHV-Nummer
- Veranstaltungshinweise

E-Government Schweiz

Leserumfrage zu unserem Newsletter

Der E-Government-Newsletter erscheint seit vielen Jahren in der gleichen Form und Struktur, jeweils sechsmal pro Jahr. Gerne möchten wir von Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern wissen, was Sie an unserem Newsletter schätzen und was Sie lieber anders hätten.

Wir freuen uns daher, wenn Sie unsere [kurze Umfrage](#) beantworten.

Schwerpunktplan

Elektronische Identität: Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zum eID-Gesetz

Der Bundesrat will die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von

elektronischen Identifizierungsmitteln und deren Anbieter schaffen. Er hat an seiner Sitzung vom 22. Februar 2017 die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (eID-Gesetz) eröffnet. Die Vernehmlassung dauert bis am 29. Mai 2017.

Weitere Informationen und den Link auf die Vernehmlassung finden Sie unter www.egovernment.ch/eid.

Signaturvalidator: Einführung im Kanton Zug



Seit Januar 2017 hat der Kanton Zug mit seinen kantonalen und kommunalen Behörden sowie mit dem Verwaltungsgericht den Validator im Rahmen eines Pilotprojekts eingeführt. Somit können die Empfänger von elektronisch zugestellten und digital signierten PDF-Dokumenten des Kantons Zug die Authentizität und Integrität derselben verifizieren.

Weiterführende Informationen finden Sie unter www.egovernment.ch/signaturvalidator.

Vote électronique: Basel-Stadt trifft Systementscheid für Ausweitung des elektronischen Stimmkanals

Ab 2018 sollen 50% der Stimmberechtigten im Kanton Basel-Stadt ihre Stimme elektronisch abgeben können. Für dieses Vorhaben hat sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt Ende Januar 2017 für einen Systemwechsel resp. für das System der Schweizerischen Post entschieden. Im Kanton Basel-Stadt können Auslandschweizer Stimmberechtigte bereits seit 2009 elektronisch abstimmen. Der Regierungsrat hatte im Dezember 2014 beschlossen, die Versuche mit E-Voting auf im Kanton wohnhafte Stimmberechtigte auszuweiten. Seit Juni 2016 sind zunächst Personen mit einer Behinderung zugelassen.

Die Kantone Aargau und St. Gallen werden den elektronischen Stimmkanal voraussichtlich ab dem Urnengang vom 24. September 2017 wieder anbieten. Die beiden Kantone haben sich für das Genfer System entschieden. Eine Übersicht über den aktuellen Projektstand finden Sie unter www.egovernment.ch/evoting.

Zugang zu Leistungen: Mitwirkung im Kompetenznetzwerk

Die Bundeskanzlei ist verantwortlich für die strategische Leistung «Zugang zu elektronischen Behördenleistungen». In diesem Rahmen baut sie ein Kompetenznetzwerk auf, das den Erfahrungsaustausch, die Weiterbildung und die Erarbeitung von Hilfsmitteln und Standards fördern soll. Eingeladen zur Mitwirkung sind alle Fachpersonen, die mit dem Vertrieb von elektronischen Behördenleistungen zu tun haben. Falls Sie nähere Informationen dazu wünschen, schicken Sie bitte ein Mail an info@ch.ch Stichwort «Netzwerk Zugang». Am 6. April findet in Bern für Behördenmitarbeitende ein ganztägiger Workshop rund um den «Zugang zu Leistungen» statt. Reservieren Sie sich das Datum bereits in Ihrer Agenda. Weitere Informationen dazu folgen per Mail.

Weiterführende Informationen zur strategischen Leistung finden Sie unter www.egovernment.ch/zugang.

Forum der Themenführer

E-Austausch Finanzdaten: Unternehmen sparen Zeit und Geld

Kambly hat 2009 das elektronische System zur Übertragung von Verwaltungsdaten Swisdec eingeführt. Wie Unternehmen hiermit Zeit und Geld sparen können, beschreibt Kamblys Generalsekretär Rudolf Winzenried im Interview.

Lesen Sie mehr dazu auf dem [KMU-Portal](#).

E-Rechnung: Ein Jahr E-Rechnungsobligatorium beim Bund

Seit Anfang des Jahres 2016 verpflichtet die Bundesverwaltung ihre Lieferanten zur elektronischen Rechnungsstellung. Die Erfahrungen sind positiv: Alleine im Dezember 2016 wurden über dreissigtausend E-Rechnungen verarbeitet, was fast der Hälfte des gesamten Rechnungsvolumens entspricht. Die grösste Steigerung fand bei den über ein Portal eingereichten PDF-Rechnungen statt. Dieser Umstand lässt klar darauf

schliessen, dass im Markt ein Bedürfnis nach einfachen Lösungen besteht.
Weiterführende Informationen zur E-Rechnung finden Sie unter www.e-rechnung.admin.ch.

OGD Schweiz:

- **Entwicklungen an opendata.swiss abgeschlossen:** Seit dem Launch von opendata.swiss im Februar 2016 wurde das Portal stetig weiterentwickelt. Nun sind die wichtigsten Entwicklungsarbeiten abgeschlossen. Mittlerweile sind zudem über 2'100 Datensätze von mehr als 30 Organisationen auf dem Portal zu finden. 2017 sollen vor allem neue Daten von Kantonen und Gemeinden dazu kommen. Interessierte können sich unter opendata@bar.admin.ch beim Bundesarchiv melden. Als weitere Massnahme aus der OGD-Strategie führt das Bundesarchiv zudem zurzeit eine Inventarisierung der Datenbestände des Bundes durch. Link: <http://opendata.swiss>
- **Bundesarchiv übernimmt den Linked Data Service – LINDAS:** LINDAS ermöglicht das Publizieren, Wiederverwenden und Verknüpfen von dezentrale Datenbeständen, wobei die Verantwortung und Bewirtschaftung der Daten bei den zuständigen Stellen verbleiben. Das Projekt ist seit Ende 2015 abgeschlossen, die Infrastruktur befindet sich seither im Pilotbetrieb. Nun hat das Staatssekretariat für Wirtschaft LINDAS per Anfang 2017 dem Bundesarchiv übergeben. Aufgrund der Synergien und der Komplementarität zwischen Open Government Data und Linked Data macht es Sinn, beide Projekte an einem Ort zu bündeln. Link: www.lindas-data.ch

Standardisierung

Verein eCH: Statements zum Nutzen von E-Government-Standards



«Standardisierung heisst, das Leben zu vereinfachen» - mit dieser Aussage bringt Peter Kapfer, stellvertretender Leiter der Informatikdienste Winterthur und Vorstandsmitglied des Vereins eCH, den Nutzen von eCH auf den Punkt. Mehr zu dieser Botschaft finden Sie im vollständigen [Video](#). Am Swiss eGovernment Forum vom 8. März sind der Verein eCH und das Thema Standardisierung mit zwei Solution-Präsentationen

präsent: «Prozessorientiertes System des Migrationsamtes Zürich» und «Mehrwert des Prozessmanagements am Beispiel der Gemeinde Horgen».

Am 25. April 2017 findet die diesjährige Generalversammlung des Vereins in Bern statt.

Weiterführende Informationen zum Verein eCH finden Sie unter www.ech.ch.

Neuigkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden

Bundesamt für Justiz: Über eine Million Betreibungen elektronisch abgewickelt

2016 wurden im erstmals über eine Million Betreibungsverfahren elektronisch abgewickelt. In den Kantonen Neuenburg und Genf wurden im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte aller Betreibungsbegehren elektronisch eingereicht.

Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesamts für Justiz](#).

Appenzell Ausserrhoden: Steuererklärung elektronisch einreichen

Dank des Projekts eSteuern, das im vergangenen Jahr umgesetzt wurde, kann die Steuererklärung in Appenzell Ausserrhoden ab 2017 von natürlichen Personen elektronisch ausgefüllt und eingereicht werden. Basis für die Ausserrhoder Lösung war die elektronische Steuererklärung des Kantons St.Gallen: Die Verwendung identischer

Formulare ermöglichte es, Synergieeffekte zu nutzen. Zusätzlich zur elektronischen Steuererklärung wurden Online-Services für die Fristverlängerung und zur Steuerkalkulation eingeführt. Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Website des Kantons Appenzell Ausserrhoden](#).

Kanton Genf: Modernisierung der Webinfrastruktur

Vor 20 Jahren, als erst etwa 10 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer das Internet nutzten, schaltete der Kanton Genf seine erste eigene Webseite auf. Die seither angesammelte Datenmenge und Datenvielfalt, die zahlreichen technischen Plattformen und die fehlende Geräteunabhängigkeit der Webseite haben dazu geführt, dass die Informationen an Visibilität einbüssten und der Zugang zu den angebotenen Leistungen erschwert wurde. Die neue, im September 2016 aufgeschaltete Plattform mit Online-Diensten setzt die vom Genfer Regierungsrat gewünschte Modernisierung des Webangebots des Kantons mit klarem Fokus auf eine grössere Benutzerfreundlichkeit um. Die neue Webseite, auf der alle elektronischen Behördenleistungen des Kantons vertrieben werden, wird im Laufe des Jahres 2017 schrittweise alle alten Adressen ablösen: <https://demain.ge.ch/>.

Kanton Luzern: Steuererklärung medienbruchfrei elektronisch einreichen

Die Steuererklärungen im Kanton Luzern können erstmals mit eFiling direkt über das Internet sicher und verschlüsselt übermittelt werden. Dazu identifizieren sich die Steuerpflichtigen mit einem persönlichen Zugangscode. Vorteile für die Kundschaft: Kein Drucken, keine Unterschriften, kein Gang zum Briefkasten. Und auch die Steuerbehörde profitiert: keine Medienbrüche, keine Porto- und Scanningkosten. Ein Animationsfilm und ein Flyer erklären, wie die Steuererklärung elektronisch eingereicht werden kann. Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Kantons Luzern](#).

E-Government in der Politik

Digitalisierung der Zollverwaltung

Der Bundesrat hat Mitte Februar die Botschaft für eine umfassende Modernisierung und Vereinfachung sämtlicher Prozesse der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) verabschiedet (Programm DaziT). Die Erreichung dieses Ziels setzt eine Gesamterneuerung der Informatiklandschaft in der EZV voraus. Wirtschaft, Bevölkerung und Verwaltung sollen dank durchgängig digitalisierter Prozesse von wesentlichen Erleichterungen profitieren.

Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

Breitere Verwendung der AHV-Nummer

Der Bundesrat will die Verwaltungsabläufe durch eine kontrollierte Verwendung der AHV-Nummer effizienter machen. Als Ergebnis einer Aussprache an seiner Sitzung vom 1. Februar 2017 bestätigt er seine Absicht, die systematische Verwendung der AHV-Nummer durch die Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden künftig zu erleichtern. Dabei sollen die Grundsätze des Datenschutzes gewahrt bleiben. Er hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) beauftragt, bis im Herbst dieses Jahres eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

Verschiedenes

ETH Zürich und EPFL eröffnen Swiss Data Science Center

Die beiden ETHs haben ein Zentrum für Datenwissenschaften eröffnet. Am Swiss Data Science Center wollen die beiden Hochschulen die Forschung im Bereich Data Science voranbringen und Datenwissenschaftler

ausbilden. Vom neuen Forschungszentrum sollen die Wissenschaft und Wirtschaft der Schweiz profitieren. Weiterführende Informationen finden Sie im [Artikel der Computerworld](#).

Veranstaltungshinweise

Swiss eGovernment Forum, 7. - 8. März 2017

Das Swiss eGovernment Forum 2017 findet am 7. und 8. März in der BERNEXPO statt. Leitthemen der Tagung sind «eGovernment zwischen Innovation und Regulierung» und «Mehrwert durch Zusammenarbeit». An beiden Forumstagen finden vormittags Plenumsveranstaltungen statt. Solution-Präsentationen vertiefen am Nachmittag die Leitthemen.

Weitere Informationen zum Kongress finden Sie auf der [Website der infosocietydays](#).

Agenda:

- 7. - 8. März 2017, [Swiss eGovernment Forum](#), Bern
- 5. April 2017, Förderung der E-Rechnung, Bern
- 5. Mai 2017, [6. eGovernment Symposium Romand](#), Fribourg
- 31. Mai 2017, [Forum Swissdec 2017](#), Bern
- 23. Juni 2017, [eGov Fokus](#), Bern
- 13. November 2017, [Nationales eGovernment Symposium](#), Bern

Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB, Schwarztorstrasse 59, CH-3003 Bern
info@egovernment.ch, www.egovernment.ch, Tel. +41 58 464 79 21

